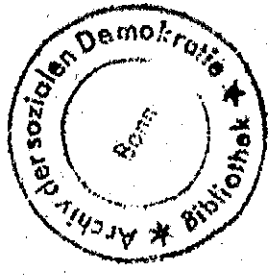
Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn
Druck:
Neubrunnendruckerei G. m. b. H., Mainz

A 87-1863

Tatsachen aus der Sowjet-Zone

VON DER DAF ZUM FDGB



A 87-1863

AUS DEM INHALT

Hoffnung und Erwartung	Seite 5
Die Jugend sucht den neuen Weg	„ 5
Als freier Arbeiter in einer freien Gewerkschaft	„ 6
Alte Erfahrungen erwecken Zweifel	„ 6
Kann Freiheit befohlen werden?	„ 7
Ein gutes Programm einer freien Gewerkschaft	„ 7
Der erste Schreck: Die Zwangseinheit kündigt sich an	„ 8
Ein Tatsachen-Bildbericht	„ 9-16
Die Deutsche Arbeitsfront ersteht von neuem	„ 17
Der FDGB stellt deutsche Arbeiter in fremde Dienste	„ 17
Die Staatsgewerkschaft	„ 18
Es gibt nur noch geplante Löhne	„ 18
Zuckerbrot und Peitsche	„ 19
Akkord! Akkord!	„ 19
Das verhaßte Vertrauensmännersystem	„ 20
Die letzte demokratische Position der Arbeiter wird gefällt	„ 20
Sie lassen sich nicht knebeln	„ 21

Von der DAF zum FDGB

Im Juli 1945 waren sie wieder so ziemlich beisammen, die Arbeitskollegen eines mittelgroßen Metallbetriebes in einer Stadt Ostdeutschlands. Der Krieg hatte einen Teil von ihnen in alle Winde zerstreut. Der eine war als Facharbeiter in einem reinen Rüstungsbetrieb beschäftigt gewesen, einige hatten jahrelang an der Front gestanden, der eine und andere war der Gestapo in die Hände gefallen und hatte erst Mitte Mai die Schrecken des Konzentrationslagers hinter sich gelassen. Manches Gesicht wird man nicht wiedersehen: gefallen, verschollen. Die Heimkehr der in Kriegsgefangenschaft geratenen Kollegen wird für bald erwartet. Die Heimkehr der Ausgebombten würde wohl noch eine Weile auf sich warten lassen.

Aber was auch an bitteren und schmerzlichen Erinnerungen und Erlebnissen ausgetauscht wurde, die Grundstimmung aller war ein tiefes Gefühl der Erleichterung über das Ende der Kriegsschrecken und über die Befreiung vom nationalsozialistischen Druck und Terror. Man fühlte sich wieder frei, das Leben war wieder lebenswert geworden. Ob früher Kommunist, Sozialdemokrat oder freier Gewerkschaftler, kaum einer konnte sich vorstellen, daß etwas Ähnliches wie das Gewesene sich noch einmal wiederholen könnte. Es wurde geradezu für selbstverständlich gehalten, daß der alte Hader nicht wiederkehren und man in freier Kameradschaft im Betrieb und in freien Organisationen zusammen arbeiten würde. Man atmete wieder freie Luft, alles andere würde sich schon von selber finden.

Wie bitter sollten diese Arbeiter schon bald enttäuscht werden!

Hoffnung und Erwartung

Es ist nicht zu leugnen, daß nach der Kapitulation 1945 ein Teil des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft in der von den sowjetischen Truppen besetzten Zone Deutschlands der Politik der russischen Besatzungsmacht in hoffnungsvoller Erwartung entgegensah. Die Arbeiterschaft, gestützt auf eine lange demokratische Tradition, hatte sich im großen und ganzen vom Nationalsozialismus nicht einfangen lassen. Es war den Machthabern des Dritten Reiches nicht gelungen, weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche, die Masse der Arbeiter ideologisch gleichzuschalten und die Hoffnung auf Befreiung vom Druck des Totalitarismus in ihnen zu ersticken. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus hatte die deutsche Arbeiterschaft große Opfer gebracht und viele ihrer besten Vorkämpfer verloren.

Der völlige Zusammenbruch des Hitlerregimes traf sie nicht überraschend. Trotz der ungeheuren Not in den Tagen und Wochen und Monaten nach dem Kriegsende fühlten sie sich von einem langjährigen Alpdruck befreit. Mit Hoffnung und Zuversicht waren sie bereit, ihre ganze Kraft für den Aufbau eines neuen Deutschland einzusetzen. Sie glaubten an ein Neubeginnen, und sie erwarteten von der sowjetrussischen Politik Hilfe und Unterstützung. Zu fest war in ihnen die Überzeugung, daß die von Hitler-Deutschland überfallenen Nationen den Krieg gegen den Nationalsozialismus, und nicht gegen das deutsche Volk geführt hatten, daß deshalb den demokratischen Kräften die Möglichkeit gegeben werde, ein neues Leben in Freiheit zu gestalten. Viele sahen vor allem in der Sowjetunion den Garanten für eine sozial gerechte und freiheitliche Zukunft.

Die Jugend sucht den neuen Weg

Aber auch die deutsche Jugend, und vor allem die Arbeiterjugend, öffnete sich trotz der Erschütterung, die der Zusammenbruch all ihres Glaubens und all ihrer Hoffnung für sie bedeutete, recht bald den Aufgaben der neuen Zeit. Mit ihrer jugendlichen Gläubigkeit und Tatkraft war sie dem Nationalsozialismus gefolgt. Jetzt war für sie eine ganze Welt zusammengebrochen. Aus der namenlosen Enttäuschung über das Ende jenes Weges, den die nationalsozialistischen Führer Deutschlands gegangen waren, aus der Erbitterung über die ungeheuren Opfer, die dem deutschen Volk sinnlos abverlangt worden waren, aus dem geistigen und materiellen Trümmerfeld, das das Ergebnis der „zwölf Jahre" war, wuchsen allmählich die Bereitschaft und der Wille zur Neuorientierung. Die von der sowjetischen Besatzungsmacht bald verkündete Jugendamnestie schlug für die Jugend die Brücke zu einer neuen Zeit.

Als freier Arbeiter in einer freien Gewerkschaft

Als erste Aufgabe stand vor den deutschen Menschen der Neuaufbau der Wirtschaft. Dazu bedurfte es der aktiven Mitarbeit der Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeitsfront war von der Masse der Arbeitnehmer nie anders als eine Zwangsorganisation aufgefaßt worden, als ein Befehls- und Überwachungsinstrument der NSDAP und damit des Staates. Die Arbeiterschaft hatte nur einen Wunsch: die Schaffung von einheitlichen, freien und unabhängigen Gewerkschaften, die verantwortliche Mitarbeit und Mitbestimmung in allen Fragen der Wirtschaft, die soziale Fundamentierung der neu zu schaffenden Demokratie.

Diesem allgemeinen Wunsch der Arbeiterschaft kam die russische Besatzungsmacht in kluger Berechnung entgegen. Schon Anfang Juni 1945 ließ sie die Schaffung eines vorbereitenden Ausschusses zur Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu. Es wäre an sich nicht verwunderlich gewesen, wenn die sowjetische Militärregierung auch nach außen hin sich zunächst hauptsächlich der deutschen Kommunisten bedient hätte, denen sie volles Vertrauen schenken konnte. Zahlreiche Mitglieder der KPD waren in Moskau einer eingehenden Schulung unterworfen worden; aber die russische Besatzungsmacht hielt es gerade im Anfang ihrer Tätigkeit in der Ostzone für klug, überparteilich und demokratisch zu erscheinen. So waren in dem vorbereitenden Ausschuß nur zwei Kommunisten vertreten; drei Vertreter waren Sozialdemokraten, je ein Vertreter gehörten der CDU und LDP an.

Alte Erfahrungen erwecken Zweifel

Alte geschulte Gewerkschaftsfunktionäre sahen der neuen Entwicklung allerdings von Anfang an mit großen Zweifeln entgegen. Sie hatten reichliche Erfahrungen gemacht mit der Taktik der Kommunisten aus der Zeit von 1933. Sie kannten zu gut die Tätigkeit der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO), deren Bestreben zu jeder Zeit darauf hinausging, die Macht in den Gewerkschaften um jeden Preis zu erobern. Sie kannten aus Erfahrung die skrupellosen Methoden, die die Lehrmeisterin aller kommunistischen Parteien, die russische bolschewistische Partei, zur Erreichung ihrer Machtziele in Rußland sowohl als auch in den demokratischen Ländern anwandte.

„Man muß zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben, und um in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten."

Das waren die Richtlinien, die bereits Lenin für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit aufstellte, und nach denen sich bisher alle Kommunisten in der ganzen Welt gerichtet haben. Aber die breite Masse und vor allem die Jugend wußte von derartigen zynischen und bedenkenlosen Methoden nichts, auch nichts von jenem anderen Wort Lenins:

„Die Partei stützt sich bei ihrer Arbeit unmittelbar auf die Gewerkschaften, die formell parteilos sind. Praktisch bestehen alle leitenden Körperschaften aus Kommunisten und führen die Direktiven der Partei durch."

Aber sollte nicht nach der furchtbaren Katastrophe, in die die Menschheit gestürzt worden war, eine Gesinnungsänderung auch bei den Kommunisten eingetreten sein?

Kann Freiheit befohlen werden?

Am 10. Juni 1945 erließ Marschall Shukow, der sowjetische Machthaber in der Ostzone, den „Befehl Nr. 2" zur Neubildung der Freien Gewerkschaften.

Bei diesem Befehl drängten sich unangenehme Erinnerungen und Vergleiche dem denkenden Arbeiter auf. War nicht auch die DAF auf einen Befehl der NSDAP hin geschaffen worden? Ist nicht die Schaffung einer f r e i e n Organisation auf einen Befehl hin ein Widerspruch in sich selbst? Deutet der Befehl nicht darauf hin, daß hier eine Zwangsorganisation zur Erfassung aller arbeitenden Menschen geschaffen werden soll? Die Arbeiter kannten nur zu gut den von den Nationalsozialisten angewandten Druck, um sie zum „freiwilligen" Beitritt zur DAF zu bewegen?

Ein gutes Programm einer freien Gewerkschaft

Das erste von der neuen FDGB-Leitung veröffentlichte Programm schien zunächst alle Bedenken zu beseitigen. Die Gewerkschaften, so hieß es, erstrebten die Schaffung einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung", sie würden die Werktätigen zur Demokratie erziehen, den Neuaufbau der Wirtschaft vorantreiben, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in allen Fragen der Wirtschaft verwirklichen, die Lebensbedingungen der Werktätigen verbessern, den sozialen und rechtlichen Schutz der Arbeiter neu begründen und ausbauen, die parteipolitische Neutralität und Unabhängigkeit der Gewerkschaften wahren und schließlich für die im Potsdamer Abkommen beschlossene wirtschaftliche Einheit Deutschlands mit allen Kräften eintreten.

Das war ein Programm, zu dem jeder Arbeiter ja sagen konnte. Und so beteiligte sich der größte Teil der Arbeiterschaft in der Ostzone an dem Aufbau ihrer Gewerkschaften.

Mit besonderem Interesse gingen die Arbeiter an die Bildung der wieder zugelassenen Betriebsräte und an die Ausgestaltung der Arbeit der Betriebsräte heran. Hier, direkt am Arbeitsplatz, waren alle Arbeitnehmer, ob sie nun Mitglied der Gewerkschaft wurden oder nicht, an der Ausnutzung ihrer demokratischen Rechte zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen unmittelbar interessiert.

Die Überparteilichkeit in Gewerkschaft und Betriebsrat wurde zunächst gewahrt. Auch die demokratischen Rechte in Gewerkschaft und Betrieb schienen gesichert.

Der erste Schreck:

Die Zwangseinheit kündigt sich an

Auf den erfahrenen Gewerkschaftsfunktionär der Zeit vor 1933 wirkte es bald beunruhigend, daß Walter Ulbricht, ein verbissener Hasser der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften zur Zeit der Weimarer Republik, sich immer deutlicher als der eigentliche Führer der KPD erwies. Er war mittlerweile während seines langjährigen Aufenthaltes in Moskau Mitglied der russischen bolschewistischen Partei und sowjetrussischer Staatsbürger geworden. Nach einem beängstigend langen Besuch in Moskau im Jahre 1946 verkündete er die neue Direktive: Zusammenschluß der KPD und SPD zur SEP. Und wie dann dieser befohlene Zusammenschluß vollzogen wurde, das erweckte zum ersten Male bei vielen Menschen in der Ostzone Erinnerungen an jene kommandierten Aktionen und Appelle im Dritten Reich, denen man für immer glaubte entronnen zu sein.

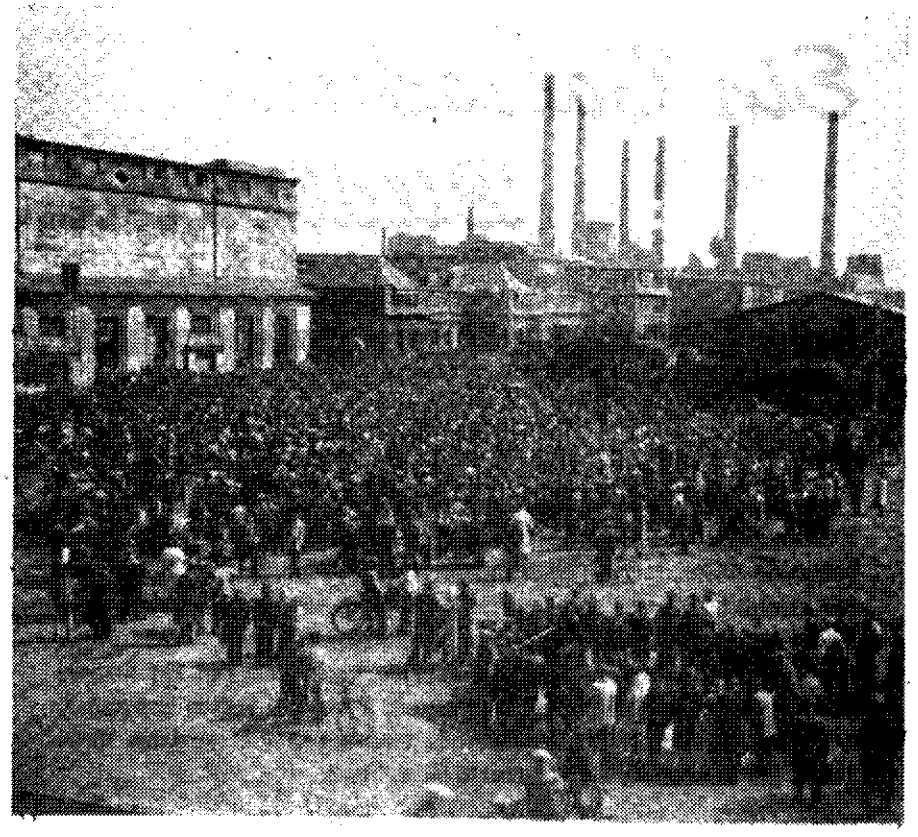
Der Vergleich mit der Hitlerschen Gleichschaltungspolitik drängt sich geradezu auf. Nach einem Jahr nationalsozialistischer Herrschaft gab es nur noch die einzige Staatspartei, die NSDAP, die alle übrigen Organisationen des öffentlichen Lebens durchdrang und schließlich vollständig beherrschte. Auf diese Weise sollte der totale Einsatz des deutschen Volkes für die Hitlersche Macht- und Eroberungspolitik gesichert werden. Das alles geschah unter einem unaufhörlichen Trommelfeuer der ideologischen Vernebelung und einem fordernden Appell an den Idealismus der Jugend. Sollte sich das alles wiederholen?

Ein Tatsachen-Bildbericht

Berlins Eisenbahner im Kampf um Freiheit und Recht

Fortgesetzte Knechtungsmaßnahmen, veranlaßt durch die von den Kommunisten und ihren Auftraggebern beherrschte Berliner „Reichsbahn"-Direktion, fanden ihren sichtbarsten Ausdruck in der Entlohnung mit Ostmark, die von den Berlinern „Russengeld" genannt wird. Tausende von Eisenbahnern mit ihren Familienangehörigen waren durch diese Entlohnung mit schlechtem Geld zum Vegetieren und auf längere Sicht zum Verhungern verurteilt. Ostzonale Praktiken sollten angewandt werden, um aufrechte, freiheitsliebende Frauen und Männer durch Hunger in ein würdeloses Knechtsdasein zu zwingen.

Der Beginn des Kampfes



Um diesem Schicksal, das in der Ostzone Deutschlands Millionen erleiden müssen, zu entgehen, traten am 21. Mai 1949 Berlins Eisenbahner unter Führung der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) zum Abwehrkampf an. Sie proklamierten den Streik.

Das aber war die Antwort der Kommunisten:

Die kommunistische Bahnpolizei besetzte die Gleisanlagen. Die Forderungen der Eisenbahner nach gerechter Entlohnung wurden von der kommunistischen Eisenbahnleitung mit den Brutalitäten der kommunistischen „Volkspolizei" beantwortet.

Diktatur und Terror waren die Mittel, mit denen die Kommunisten den Freiheitskampf der Berliner Eisenbahner zum Ersticken bringen wollten. Diese Kommunisten, die vorgeben, für ein Arbeiterparadies zu kämpfen, schossen auf streikende deutsche Arbeiter, die um ihre Freiheit und um ihr Lebensrecht kämpften!

Der erste Tote

Schießwütige Streikbrecher demonstrierten die „ostzonale Freiheit"!

Der „Chef" der Bahnpolizei des Ostsektors, der sich Deutscher nennt, schoß auf Deutsche. Er wurde von den UGO-Eisenbahnern und anderen Berlinern festgenommen.

Nach dem Beispiel des „Chefs"...

Ein „Offizier" der kommunistischen Markgraf-Polizei wurde nach einem Schießattentat auf freiheitsliebende Berliner von der regulären Polizei Berlins verhaftet und abgeführt.

Kreikemeyer

der SED-Eisenbahngewaltige u. mit der Hauptverantwortliche für die versuchte Unterjochung der Berliner Eisenbahner, wurde durch Waggonbeschriftungen sehr witzig, aber auch eindeutig angesprochen...

... und als Anhänger der Berliner Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) in einem Eisenbahnwagen auf dem Bahnhof Charlottenburg „östliche Lektüre" in riesiger Auflage fanden, gab es einen ebenso riesigen Scheiterhaufen, der nur noch einmal hell aufleuchtete, ehe er zu grauer Asche zerfiel.

Trotz aller Brutalitäten konnte sich die sowjetzonale Bahn- und Volkspolizei gegenüber dem Freiheitswillen der Berliner Eisenbahner nicht durchsetzen. Der Bahnhof Charlottenburg wurde Symbol der KP-Niederlage. Überall wurden die Kommunisten zum Abziehen gezwungen. Viele Ostpolizisten lehnten es ab, sich an den Schändlichkeiten gegen deutsche Arbeiter zu beteiligen. So wurde die KP-Niederlage ein Sieg des demokratischen Sozialismus.

Die Deutsche Arbeitsfront ersteht von neuem

Zunächst legte man noch Wert auf die „paritätische" Zusammensetzung der Vorstände der SEP-Gliederungen. Aber hier verließ man schon offen den demokratischen Boden. Was ist das für eine freie Wahl, wenn ich gezwungen werde, einer vorher festgelegten Zusammensetzung der Leitung zuzustimmen?

Getreu dem Stalinschen Leitspruch „Die Kader entscheiden alles", wurde die SEP in kürzester Zeit zu einem zuverlässigen Instrument der russischen Besatzungsmacht geschmiedet. Erst dann konnte man dazu übergehen, in den Gewerkschaften „um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten" und sie zu einem gefügigen Werkzeug der Partei umzugestalten.

Man fing an der Spitze an. Die Leitung des FDGB wurde allmählich gänzlich mit linientreuen Kommunisten besetzt. Von hier aus vollzog sich der Umbau aller Unterorganisationen bis hinunter zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen. So schuf man ein zentrales, von oben nach unten aufgebautes fügsames Instrument in den Händen der SEP. Die von der Arbeiterschaft gehaßte Deutsche Arbeitsfront, Befehlsempfänger der NSDAP und Überwachungsorgan des totalitären Staates, war wiedererstanden.

Erst jetzt konnte die sowjetische Besatzungsmacht die Sowjetisierungspolitik in bezug auf die deutsche Wirtschaft in die Tat umsetzen. Es wurden die sowjetischen Aktiengesellschaften gegründet, die fast die gesamte Schwerindustrie in der Ostzone umfassen und ein Drittel der Industriekapazität Ostdeutschlands ausmachen. Es wurden die „Volkseigenen Betriebe" gegründet, um auch die übrigen bedeutenden Wirtschaftszweige fest unter die Kontrolle des Staates zu bekommen. In Moskau wurde ein umfassender Wirtschaftsplan für die Ostzone als Ergänzungsplan für die russischen Wirtschaftsziele aufgestellt. Der FDGB bekam die Aufgabe, die Durchführung des Planes unter allen Umständen zu sichern.

Der FDGB stellt deutsche Arbeiter in fremde Dienste

Wie die DAF vom nationalsozialistischen Staat die Aufgabe erhielt, das Aufrüstungsprogramm Hitlers mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen, so wurde der FDGB der Garant zur Durchführung der sowjetischen Pläne im Osten Deutschlands, dessen Wirtschaft ein Anhängsel der sowjetrussischen wurde, die wesentlich Aufrüstungswirtschaft ist.

Aber der FDGB spielt eine weit schändlichere Rolle, als es die DAF je getan hat. Konnte sich die DAF immerhin noch als deutsche Organisation bezeichnen, so erhält der FDGB ausschließlich seine Befehle von

der russischen Besatzungsmacht und hat nur die eine Aufgabe, die Pläne und Anweisungen einer fremden Macht auszuführen. Die DAF trieb den deutschen Arbeiter zur Erfüllung der Hitlerschen Aufrüstung an. Der FDGB zwingt ihn zu Reparations- und Rüstungsleistungen für eine fremde Macht.

Die Staatsgewerkschaft

Zunächst hielten SEP- und FDGB-Leitungen es noch für angebracht, nach außen hin den Schein aufrechtzuerhalten, als besäßen die Gewerkschaften noch das Recht zur Ausübung des Tarifvertragsrechts, eine der Hauptfunktionen aller freien Gewerkschaften.

Aber als Vertragspartner des FDGB fungieren die Industrie- und Handelskammern. Die Vorstände der Industrie- und Handelskammern sind zu einem Drittel mit Vertretern des FDGB besetzt, zu einem weiteren Drittel mit Vertretern der kommunistisch kontrollierten Verwaltung und schließlich zu einem Drittel mit Vertretern der Industrie, von denen die überwiegende Mehrheit aus den „Volkseigenen Betrieben" kommt. Die Kommunisten verhandeln also praktisch mit sich selbst den Kollektivvertrag ab, das heißt, sie arbeiten die Richtlinien der staatlichen Lohnpolitik aus im Rahmen des staatlichen Wirtschaftsplanes.

Es gibt nur noch geplante Löhne

Der kommunistische Arbeitsminister in der Sowjetzone, ungeduldig darüber geworden, daß die Arbeiter diese sowjetische Praxis in der Lohnpolitik, die als Demokratisierung der Wirtschaft bezeichnet wird, nicht verstehen wollen, mußte mit zynischer Offenheit zugeben:

„Die Aufgabe des Lohnes in der DDR ist eine andere als im kapitalistischen Wirtschaftssystem und fordert, daß es in der geplanten Wirtschaft der Ostzone auch nur geplante Löhne geben darf. Es muß als verhängnisvoll und verdammenswert bezeichnet werden, daß bei sehr vielen Gewerkschaftsfunktionären auch in verantwortlichen Stellungen noch immer die Tendenz vorherrscht, bei Lohnverhandlungen möglichst viel herauszuholen. Es ist falsch, zu erwarten, daß bei Abschluß eines Tarifvertrages eine Erhöhung des Nominallohnes eintreten muß."

Wenn irgendein Mitglied des FDGB, wenn vor allem ein Gewerkschaftsfunktionär der Meinung war, daß die sowjetzonale Gewerkschaft die Interessen der Arbeiterschaft vertreten müsse, hier wurde er mit unmißverständlicher Deutlichkeit darüber belehrt, daß in einem totalen Staat die Gewerkschaft nur eine Funktion dieses Staates ist. Das, was die Arbeiterschaft glaubt hinter sich zu haben, die DAF als Durchführungs- und Kontrollorgan der Diktatur, war neu erstanden.

Zuckerbrot und Peitsche

Der sowjetische Wirtschaftsplan für die Ostzone enthält zugleich die totale Lohnsumme für alle Arbeitnehmer. Es handelt sich lediglich darum, wie diese Lohnsumme zu verteilen ist. Da die ostzonale Wirtschaft in den Dienst der russischen Forderungen gestellt ist und nur in minimalstem Maße die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen darf, kommt es darauf an, so viel wie möglich und so billig wie möglich zu produzieren. Es ist die Aufgabe des FDGB, die Durchführung dieses Zieles zu erreichen. So sieht der FDGB seine Hauptaufgabe darin, die Steigerung der Produktivität zu propagieren und durch organisatorische Maßnahmen zu sichern. Und nun wiederholt sich all das, was der deutsche Arbeiter unter der DAF schon einmal durchgemacht hat, nur in noch bedeutend stärker ausgeprägter Form: Propagierung der Leistungssteigerung, Abschaffung des Tariflohnes und Einführung des Leistungslohnes, Leistungswettbewerb, Orden und Ehrenzeichen und — als letztes, aber wirksamstes Mittel — das KZ und die Wismut AG.

Akkord! Akkord!

Und damit niemand im Zweifel sei, daß hier mit sowjetrussischen Methoden eine Ausbeutungspolitik betrieben wird, wie sie seit der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung nicht mehr üblich war, wurde das Stachanowsystem eingeführt, dem in der Ostzone Hennecke den Namen gab. Das war der Ausgangspunkt der Aktivistenbewegung. Auf Grund der unter günstigen Bedingungen erzielten Leistungen der Aktivisten wird die Norm der von jedem Arbeiter erwarteten Leistung mit einem Mindestlohn festgesetzt. Und nun sehe jeder zu, was er leiste. Einen Mindestgarantielohn gibt es nicht mehr. So kommt es, daß die breite Masse der Arbeiter auf den unteren Stufen der Lohnskala zu finden sind, während eine verhältnismäßig kleine Schicht in mannigfaltiger Differenzierung hohe und höchste Löhne einstreichen kann. Wie die DAF die HJ-Mitglieder in den Betrieben gegen die „Alten" ausspielte, so setzt der FDGB die FDJler als Aktivistengruppen ein, um alle Betriebsarbeiter zu höchster Leistung zu pressen und sie zugleich zu überwachen. Schon am 28. Dezember konnte die „Tägliche Rundschau" mit aller nur wünschenswerten Offenheit schreiben:

> „Die weitest gehende Entwicklung der Aktivistenbewegung und die umfassende Einführung des direkten Akkordsystems **auf der Grundlage richtiger Produktionsnormen** sind die richtigen Mittel zur Lösung des Problems der Steigerung der Arbeitsproduktivität."

Die Leistungssteigerung unter einem hetzenden und zermürbenden Akkordsystem in den Betrieben durchzuführen, wurde jetzt die einzige

ziation Demokratie

wahre Aufgabe des FDGB und seiner Gliederungen. Schulung, Propaganda, Betriebsfeste, Verheißungen für die Zukunft, all das dient nur diesem einen Ziel.

Der FDGB — eine verbesserte und verschärfte Auflage der DAF!

Das verhaßte Vertrauensmännersystem

Die Aufgabe, die dem FDGB von der sowjetischen Besatzungsmacht gestellt wird, ist nicht leicht durchzuführen bei einer Arbeiterschaft, die auf eine lange demokratische Tradition zurückblickt, und deren Erfahrungen mit der DAF noch allzu lebendig sind. So setzt der FDGB als besondere Hilfsgruppe die kommunistischen Funktionäre ein, wie auch die DAF mit den nationalsozialistischen Vertrauensleuten die Betriebe zu durchdringen versuchte, wogegen sich der ganze Haß des deutschen Arbeiters richtete.

Die letzte demokratische Position der Arbeiter wird gefällt

Als größtes Hindernis für die Durchführung des Ausbeutungs- und Überwachungssystems erwiesen sich die Betriebsräte. Ihr Widerstand gegen die Anweisungen und Befehle des FDGB war nicht oder nicht leicht zu durchbrechen. Die Betriebsräte wurden von allen Arbeitern, also auch den unorganisierten, gewählt; sie waren von der totalitären Maschinerie nicht erfaßt. Sie waren eine reine Betriebsorganisation, die auf Grund der Bedingungen des Betriebes die Interessen der Belegschaft durchzusetzen versuchten. Hier versagten ebenso wie im nationalsozialistischen Staat alle Gleichschaltungsversuche, und hier tat der FDGB dasselbe, was die DAF im Dritten Reich getan hatte. Man ließ nicht mehr wählen und ersetzte den Betriebsrat durch die DAF-Gruppenleitung, in der Ostzone durch die FDGB-Betriebsgruppenleitung.

Am 21. November 1948 schrieb das Zentralorgan der SEP „Neues Deutschland":

> „Sollen die Betriebsräte in der sowjetischen Besatzungszone weiterbestehen? Jetzt, wo es sich darum handelt, den Wirtschaftsplan zu erfüllen und überzuerfüllen, verursacht das Bestehen zweier leitender gewerkschaftlicher Organe im Betrieb mit annähernden gleichen Aufgaben und Befugnissen ein Nebeneinander und Gegeneinander. Die Betriebsräte sind in der sowjetischen Besatzungszone überlebt."

Das war ein Befehl der sowjetischen Partei Und der FDGB beeilte sich, diesem Befehl umgehend nachzukommen. Bereits fünf Tage nach

dieser Aufforderung, am 26. 11. 1948, wurden die Betriebsräte aufgelöst und ihre Aufgaben den Betriebsgruppenleitungen des FDGB übertragen.

Hiermit war der Betriebsarbeiterschaft die letzte Möglichkeit zu einer demokratischen Arbeit genommen. Die Gleichschaltung war total, soweit dies durch organisatorische Maßnahmen zu erreichen ist.

Was die DAF im Auftrage Hitlers durchführte, das verwirklichte der FDGB im Auftrage einer Besatzungsmacht: Die Umwandlung der auf eine lange und fruchtbare Tätigkeit zurückblickenden großen Arbeiterorganisation der Gewerkschaften in ein Instrument der Machtpolitik des totalitären Staates.

Sowjetrußland rühmt sich, die demokratischste Verfassung der Welt zu besitzen; Hitler bezeichnete sein Diktaturregiment als die wahre Demokratie des deutschen Volkes; Pieck und Ulbricht haben ihre Herrschaft im Namen der Besatzungsmacht zur Deutschen Demokratischen Republik getauft.

Wie sagte Lenin?

> „Man muß zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein."

Der Mensch, herabgewürdigt zu einem Objekt der skrupellosen Machtpolitik des Staates, das ist das Ergebnis des Totalitarismus. Ob NSDAP oder SEP, ob DAF oder FDGB: Der Totalitarismus kennt nur ein Ziel: Den Menschen seinem Machtstreben völlig zu unterwerfen. Die DAF war das Instrument Hitlers, der FDGB ist das Instrument Stalins zur Beherrschung der deutschen Arbeiterschaft.

Sie lassen sich nicht knebeln

Der DAF ist es nie gelungen, die deutschen Arbeiter zu Nationalsozialisten zu machen. Es gelang ihr auch nie, den Kampf der Arbeiter für gerechtere Entlohnung, für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für soziale Maßnahmen zu ersticken. Immer wieder mußte die DAF-Führung dem nie erlahmenden Druck der Betriebsarbeiter nachgeben. Der Betrieb ist kein Versammlungslokal und kein Kasernenhof. Im Betrieb stehen die Arbeiter an den Hebeln der Wirtschaft. Sie haben vielfältige und wirkungsvolle Mittel zur Verfügung, ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Die Masse der Arbeiter arbeitet unter gleichen Bedingungen. Das erzeugt ganz naturgemäß ein festes solidarisches Band, woraus ein nicht auszurottendes Kraftbewußtsein erwächst. Die Betriebsarbeiter konnten sich sogar immer wieder die Freiheit zur Meinungsäußerung erlauben. Hier versagte die Gleichschaltungspolitik.

Was der DAF nicht gelang, wird auch dem FDGB nicht gelingen. Er wird die Arbeiter nicht zu Kommunisten machen. Die FDGB-Führung, von der Betriebsgruppe angefangen bis hinauf zur obersten Spitze, bekommt täglich den Druck zu spüren, der von den Betrieben ausgeht. Der Kampf der Betriebsarbeiter gegen die Kollektivverträge und gegen die hemmungslose Ausbeutung wird vor allem in den Großbetrieben niemals zu unterdrücken sein. Und wenn hundert Arbeiter und mehr in einem Betrieb in Solidarität zusammenhalten — und dieser Geist ist unausrottbar — dann kann auch eine noch so scharfe Betriebsgruppenleitung diesen Arbeitern den Mund nicht verbieten.

Das erfuhr die DAF, das erfährt jetzt täglich der FDGB.

Dort, wo dem Arbeiter die demokratischen Rechte geraubt werden, dort erobert er sie sich von neuem und unter den Bedingungen, die ihm der Betrieb bietet. Hier versagt die moderne Technik der Massenbeherrschung.

Der Freiheitskampf der Arbeiterschaft in der Ostzone ist die sicherste Gewähr für die Wiederkehr eines einheitlichen ganzen Deutschlands in Freiheit.

Dr. Kurt Schumacher sagt:

Wir haben den Mißbrauch der großen Idee der Nation im Dritten Reich erlebt, und wir erleben heute den Mißbrauch der heiligen Idee des Friedens durch den Kommunismus.

Für Frieden und Freiheit

mit der SPD